

Responsivität in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft: Workshop des Forums Internationale Wissenschaft (FIW), 17.-19. September 2015, Universität Bonn

Heuser, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heuser, C. (2016). Responsivität in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft: Workshop des Forums Internationale Wissenschaft (FIW), 17.-19. September 2015, Universität Bonn. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82085-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Christian Heuser | Veranstaltungsbericht | 22.03.2016

Responsivität in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft

Workshop des Forums Internationale Wissenschaft (FIW), 17.– 19. September 2015, Universität Bonn

Der Responsivitätsbegriff wird in der Soziologie, im Unterschied zu anderen Disziplinen (Medizin, Politikwissenschaft, Entwicklungspsychologie, Pädagogik, Philosophie) nicht systematisch verwendet. Der Begriff taucht zwar mittlerweile auch in soziologischen Kontexten vermehrt auf, bedeutet dann aber je nach theoretischem Rahmen durchaus Verschiedenes. Mikrosoziologisch betrachtet verweist Responsivität darauf, dass Akteure in ihrem Handeln und Kommunizieren immer mit externen (heterogenen) Erwartungen konfrontiert sind. In der Makrosoziologie bedeutet Responsivität, dass auch autonome soziale Systeme Mechanismen aufweisen, die systemexterne Anforderungen reflektieren und beantworten. Dies wirft die klassische Frage nach dem Verhältnis zwischen Differenzierung und Integration auf, die sich weiter zuspitzen lässt auf die Relation von Autonomie und Responsivität. Der am Forum Internationale Wissenschaft in Bonn veranstaltete Workshop war vor diesem Hintergrund dazu gedacht, explorativ und interdisziplinär – also frei von Loyalitätszwängen soziologischer Theorieschulen – die Entstehung, Funktionsweise und Effekte responsiver Strukturen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen zu diskutieren.

Im Eröffnungsvortrag skizzierte RUDOLF STICHWEH (Bonn) ein makrosoziologisches bzw. differenzierungstheoretisches Konzept von Responsivität. Dabei stellte er die Sachdimension in den Mittelpunkt, indem er sie einerseits von der Sozialdimension, die durch den Begriff der Inklusion erfasst sei, und andererseits von der Zeitdimension unterschied, in der es vor allem um das Problem der Gegenwärtigkeit gehe. Responsivität definierte Stichweh als Reagieren auf Erwartungen und Bedarfe, die außerhalb des Systems und nicht in systemeigenen Termini formuliert werden. Dabei könnten adaptive, kreative und präadaptive Formen von Responsivität unterschieden werden. Im Fokus des Vortrags stand die Frage, ob der responsive Prozess gesellschaftliche Problemlagen abbildet, die – mit Niklas Luhmann gesprochen – weniger in einem System/System-Verhältnis, sondern vielmehr in einem System/Gesellschaft-Verhältnis stehen, beispielsweise der demografische Wandel oder der Klimawandel. Responsivität liege vor, wenn solche gesamtgesellschaftlichen Probleme zur Entstehung neuer wissenschaftlicher Institutionen oder Forschungsvorhaben führen. Die Relevanz eines Funktionssystems zeige sich darin, ob

es aktuelle Problemlagen lösen und folglich Autonomie mit Responsivität verknüpfen könne.

Der Block zur Responsivität im Bereich der Wissenschaft wurde von HILDEGARD MATTHIES (Berlin) eingeleitet. Vor dem Hintergrund langjähriger Forschungen zu wissenschaftlichen Karrieren schlug Matthies eine mikrosoziologisch orientierte Definition von Responsivität vor, die in Anlehnung an die phänomenologische Philosophie Bernhard Waldenfels' „das Antworten auf explizite, implizite, faktisch geäußerte oder auch nur imaginierte Ansprüche, Anfragen oder Anforderungen Anderer“ in den Mittelpunkt stellt. Ausgehend von einer Beschreibung des aktuellen Zeitgeistes (Hybridisierung, Zwang zur Wissensproduktion) verdeutlichte Matthies das offene Interaktionsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. Anhand von empirischem Material aus qualitativen Interviews identifizierte sie drei Typen wissenschaftlichen Nachwuchses, die auf je spezifische Art und Weise die Grenze zwischen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Regeln überschreiten.

Anschließend stellten WALTER BARTL und REINHOLD SACKMANN (Halle-Wittenberg) eine Studie über die Responsivität der Politik gegenüber demographischem und verwaltungswissenschaftlichem Wissen vor. Am Beispiel des Bevölkerungsrückgangs in Sachsen-Anhalt nach der Wiedervereinigung wurden zwei Fragen erörtert: Wie reagiert die Bildungspolitik auf den Bevölkerungsrückgang (Responsivität erster Ordnung) und wie werden diese Entscheidungen medial-öffentlich dargestellt (Responsivität zweiter Ordnung)? Ihren Ergebnissen zufolge zieht die Responsivität erster Ordnung eine Rationalisierung und Entpolitisierung von Bildungspolitik in Form der Einführung von (ökonomischen) Schlüsselindikatoren, „Numeracy“ und Rankings nach sich. Die Responsivität zweiter Ordnung finde zeitlich versetzt statt, und zwar als Repolitisierung der Bildungspolitik durch die Medien, deren Kritik sich insbesondere auf die eingeführten (externen) Steuerungselemente beziehe. Die mediale Responsivität wiederum zeichne sich durch Verzerrungen eigener Art aus: So würden Gymnasien, deren Schließung mehr mediale Aufmerksamkeit erzeugen würde, weniger häufig geschlossen als andere Schulen.

Ein differenzierungstheoretisches Konzept der Responsivität präsentierte DAVID KALDEWEY (Bonn). Am Beispiel wissenschaftspolitischer Semantiken zeigte er, inwiefern die gegenwärtige „Politik der Grand Challenges“ als Operationalisierung responsiver Strukturen des Wissenschaftssystems verstanden werden kann. Die Semantik der Grand Challenges fungiere als ein Medium der Responsivität, indem sie gesellschaftliche Probleme als gewissermaßen sportliche und für ein Publikum attraktive Herausforderungen

darstelle. Antworte ein Funktionssystem auf Letztere, müsse das nicht auf Kosten seiner Autonomie gehen, sondern könne eben aus der autonomen Logik heraus entwickelt werden. Die Generalisierung bzw. Übertragung dieser These vom Wissenschaftssystem auf andere Funktionssysteme ist nach Kaldewey immer dann möglich, wenn gezeigt werden kann, dass interne Diskurse auf Semantiken anderer Funktionssysteme zurückgreifen, diese übersetzen und auf je eigene Weise fruchtbar machen. Letztlich sei es vorstellbar, dass in jedem System die Funktionslogiken aller anderen Systeme re-integriert werden. Dies könne in Anlehnung an Andrew Abbott als „fraktale Responsivität“ bezeichnet werden.

In seinem Abendvortrag erläuterte BERNHARD WALDENFELS (Bochum), Responsivität sei kein traditioneller philosophischer Grundbegriff. In seiner eigenen Arbeit habe sich der Begriff im Zusammenhang mit der Problematik des Fremden aufgedrängt. Weiter betonte Waldenfels, eine Trivialisierung der Antwortproblematik müsse vermieden werden, und zwar mithilfe einer Unterscheidung von „normalen“ und „außerordentlichen“ Antworten. Letztere sind insbesondere in krisenhaften Situationen gefragt, die den vorgegebenen Rahmen eines Zusammenspiels von Frage und Antwort sprengen. Die Grundzüge der sich daraus ergebenden phänomenologischen Philosophie entwickelte Waldenfels mit spezifischem Fokus auf die „Korresponsivität“ als eine Responsivität, an der Dritte beteiligt sind. Wichtig sei eine Konzeption von Sozialität als „Ich mit Anderen“, die sich weder auf einen individualistischen noch auf einen kollektivistischen Ansatz reduzieren lasse. Korresponsivität bedeute, dass das Ich und Andere gemeinsam, aber doch jeweils auf eigene Weise, auf eine „Koaffektion“ antworten müssten.

Ein zweiter Block von Vorträgen widmete sich der Responsivität der Politik. Ausgehend von einer Kritik des „Co-Production“-Konzepts der Science and Technology Studies fragte CHRISTINA BOSWELL (Edinburgh) nach alternativen Konzeptualisierungen der Beziehung von Wissenschaft und Politik. Unter Rückgriff auf Niklas Luhmanns Figur der strukturellen Kopplung betonte sie die Relevanz der Systemreferenz. Die Beziehung von Wissenschaft und Politik konkretisiere sich dann angesichts der Frage, wie die Politik politisch relevante wissenschaftliche Expertise selektiere. Boswell unterschied zwei Dimensionen: Den Legitimations-Modus („mode of legitimation“) und den Einigungsmodus („mode of settlement“) des spezifischen Politikfeldes. Die Responsivität der Politik für ihre wissenschaftliche Umwelt sei also davon abhängig, in welchem Kontext eine spezifische Organisation angesiedelt ist. Dieses grundlegende Argument illustrierte Boswell abschließend anhand eines Vergleichs wissenschaftlicher Politikberatung in Großbritannien und Deutschland, wobei sie auf eigene empirische Erkenntnisse aus dem Bereich der Migrationspolitik zurückgriff.

EVELYN MOSER und PHILIPP RÜCKHEIM (Bonn) machten auf mögliche Widersprüche zwischen Responsivität und politischer Inklusion aufmerksam. Am Beispiel der Autonomie der Bank of England sowie der britischen Währungspolitik zeigten sie, dass man von einer „Selbstbeschränkung staatlicher Politik“ sprechen kann. Andererseits sei zugleich eine Expansion staatlicher Politik zu beobachten, etwa durch explizite Rückbindungsmechanismen (Zielvorgaben, Rechtfertigungspflichten), die den Einbezug der wirtschaftlichen Fremdperspektive begrenzen. Letzteres könne auch auf eine Politisierung der Wirtschaft hinauslaufen: So wurden Währungsfragen, über die eigentlich nur die Zentralbank entscheiden kann, im schottischen Sezessionskonflikt zum politischen Spielball und hätten eine begründete Zustimmung oder Ablehnung der Unabhängigkeitsbestrebungen zugelassen. Das Beispiel zeige, dass regionale und gar segmentäre Differenzierung in Krisenzeiten wichtiger würden und funktionale Autonomie in den Hintergrund trete.

ARMIN SCHÄFER (Osnabrück) und LEA ELSÄSSER (Köln) untersuchten die Rückbindung von Politik an soziale Klassen. Gemeint ist damit nicht die klassische Repräsentationsfrage oder gar der Anspruch, dass jeder Wunsch durch Politik aufgegriffen werde, sondern die Frage, ob politische Entscheidungen unter Umständen systematisch an den Anliegen bestimmter sozialer Gruppen vorbeigehen. Erste Ergebnisse des vorgestellten Forschungsprojektes weisen darauf hin, dass große Unterschiede zwischen sozialen Klassen (Berufsgruppen) nicht nur im klassischen Wahlverhalten bestehen (politische Inklusion), sondern dass die Gruppen auch unterschiedlich einschätzen, inwiefern eigene Themen und Anliegen von der Politik aufgegriffen werden. Damit ist im Zusammenhang mit der Diskussion über soziale Ungleichheit eine bislang vernachlässigte Frage aufgeworfen: Gibt es in politischen Systemen eine selektive Responsivität, die nicht (nur) das Wahlverhalten betrifft, sondern auch die Ungleichheit des Zugangs zur politischen Sphäre. Haben alle Bürger die gleichen Möglichkeiten zur thematischen Einflussnahme oder Interaktion in politischen Netzwerken?

In Auseinandersetzung mit der Theorie funktionaler Differenzierung fragte ANNA AHLERS (Oslo), ob Responsivität nur in demokratischen Systemen auftrete. Damit sprach sie zugleich das Problem einer verbreiteten normativ-evolutionären Vorstellung an, der zufolge sich autoritäre Regime zwangsläufig zu Demokratien entwickeln. Denn auch in autoritären Staaten versuche die Politik, Bürger zu adressieren und somit politisch zu inkludieren. Am Beispiel China zeigte Ahlers, dass sowohl mit internen Leistungsmessungen wie mit öffentlichen Meinungsumfragen gearbeitet wird. Das Klimaproblem etwa sei wegen der spürbaren öffentlichen Folgen auf die politische Agenda

gesetzt und an die Wissenschaft adressiert worden. In diesem Sinne seien autokratische Regime durchaus zu einer präadaptiven Responsivität fähig.

Der dritte Vortragsblock widmete sich dem Thema Responsivität der Wirtschaft und wurde von CARL CHRISTIAN VON WEIZSÄCKER (Bonn) eröffnet. Im Kontrast zum Fall China plädierte Weizsäcker für eine Trennung zwischen Politik und Wirtschaft, da nur so das Preissystem im Markt zum Gleichgewicht streben und das Gemeinwohl maximieren könne. In Anlehnung an die neoklassische Wirtschaftstheorie skizzierte Weizsäcker seine Theorie der adaptiven Präferenzen, die beschreibt, wie sich die (Angebots-)Menge eines Produkts an der Nachfrage der Konsumenten ausrichtet und folglich responsiv ist. Fortschritt und steigendes Realeinkommen würden zu veränderten Präferenzstrukturen führen, denen sich die Angebotsseite responsiv anpasse. Eben dies sei nur in einer entpolitisierten Marktwirtschaft möglich.

Wie das Wirtschaftssystem auf soziale Herausforderungen der Umwelt – Ungleichheit, Arbeitsbedingungen, Klimawandel – reagiert, untersuchte DAMIEN KRICHEWSKY (Bonn) anhand von Corporate Social Responsibility (CSR). Ausgehend von empirischen Studien vertritt Krichewsky die Hypothese, dass aus Unternehmenssicht eine Verpreislichung der Umwelt angestrebt werde, um Alternativen zur Staatsregulierung zu finden oder ihr zuvor zu kommen, um so letztlich den eigenen Profit zu sichern. Das bedeute umgekehrt, dass wenn es dem Staat nicht gelinge, gesellschaftliche Probleme zu lösen, diese in die Zahlenlogik des Wirtschaftssystems transformiert würden, die freilich nicht dem Gemeinwohl verpflichtet sei. Interessant war in diesem Zusammenhang die anschließende Diskussion darüber, ob CSR, wie Stichweh vorschlug, eine per Zwangsinklusion durchgesetzte Verpflichtung zu politischer Responsivität sei, oder, so Krichewsky, eine Strategie zur Vermeidung politischer Regulierung und damit eine genuin wirtschaftliche Responsivität.

Die systemtheoretische Vernachlässigung der Handlungsebene war Ausgangspunkt des Vortrags von MICHAEL HUTTER (Berlin). Zum Ausgleich des Defizits schlug er den Begriff „Ernstes Spiel“ vor, um weiterhin zwischen Spiel / Spieler (Handlungsebene), Spiel / Ernst (Sinncodierung von Handlung) und Spiel / Spielen (Regelhaftigkeit oder freies Spielen) zu unterscheiden. Responsivität meine vor diesem Hintergrund die Fähigkeit der Reaktion des *ego* auf fremdartige Handlungen des *alter* (Mikroebene) sowie die Verarbeitung intentionaler Interventionen zwischen Organisationen (Mesoebene). Verschiedene Arten der Erwidern könnten das „Spiel“ entweder stabilisieren oder zu Regelveränderungen führen. Dies erläuterte Hutter anhand von Beispielen aus der Architektur, bei denen es zur

Interferenz zwischen kommerziellen und ästhetisch-kulturellen Spielern kommt.

In seinem auf Theoriebildung zielenden Abschlussvortrag formulierte MARC MÖLDERS (Bielefeld) die These, anhand systeminterner Reaktionen auf externe Problemlagen müssten verschiedene Formen der Responsivität unterschieden werden. Angesichts dreier Beispiele dafür, wie Funktionssysteme zu responsivem Verhalten angeregt werden, schlug er die Unterscheidung von Alpha-, Beta- und Gamma-Responsivität vor. Die drei Formen würden sich vor allem durch den adressierten Personenkreis unterscheiden: Zunächst die Gesellschaft insgesamt, die jedoch adresslos bleibt (Alpha), dann die öffentliche Meinung (Beta), schließlich konkrete Institutionen (Gamma). Folglich werden bei Alpha-Responsivität die Irritationen ignoriert, bei Beta-Responsivität in bestehende Schemata integriert, während es bei Gamma-Responsivität zu einer synthetisierenden Reaktion kommt, in der die Problemlösungsroutinen angepasst werden.

Die vielfältigen Diskussionen bezüglich des Responsivitätskonzepts waren sowohl für die zahlreichen TeilnehmerInnen verschiedener Universitäten als auch für die OrganisatorInnen am FIW überaus zufriedenstellend. Man war sich darin einig, dass die Abgrenzung zu bestehenden analytischen Zugängen wie der strukturellen Kopplung, Irritation, Resonanz oder Adaptivität, die Frage nach Mechanismen der Responsivität (Anreizstrukturen) sowie die Einbindung mikro- und makrosoziologischer Empirie für die Tragfähigkeit des Konzeptes entscheidend ist. Offen und dadurch für weitere Forschung prädestiniert blieben die Fragen, ob Responsivität ein differenzloser Begriff sei, es sich um einen analytischen Zugang oder eine normative Programmatik handle und letztendlich, ob Responsivität eine Eigentümlichkeit der Moderne sei, die Funktionssysteme zur Responsivität sogar verpflichte.

Konferenzübersicht:

Eröffnungsvortrag

Rudolf Stichweh (Bonn), Zu einer soziologischen Theorie der Responsivität von Funktionssystemen

Responsivität der Wissenschaft

Hildegard Matthies (Berlin), Responsivität als Analysekonzept für die Wissenschaftsforschung

Walter Bartl / Reinhold Sackmann (Halle-Wittenberg), Die Responsivität der Bildungspolitik und Bildungsverwaltung für demografischen Wandel. Regionale Schulinfrastrukturpolitik bei Bevölkerungsrückgang

David Kaldewey (Bonn), Fraktale Responsivität: Wissenschaftspolitische Diskurse als responsive Strukturen

Abendvortrag

Bernhard Waldenfels (Bochum), Korresponsivität aus phänomenologischer Sicht

Responsivität der Politik

Christina Boswell (Edinburgh), Politics and Science: Co-Production or Structural Coupling?

Evelyn Moser / Philipp Rückheim (Bonn), Selbstbeschränkung staatlicher Politik. Formen der Responsivität im politischen System

Armin Schäfer (Osnabrück) / Lea Elsässer (Köln), Gleiche Rechte, ungleicher Einfluss? Politische Responsivität im Kontext sozialer Ungleichheit

Anna Ahlers (Oslo), Responsiveness without Autonomy? Making Sense of Authoritarian Political Systems

Responsivität der Wirtschaft

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn), Responsivität in der Produktion und im Konsum

Damien Krichewsky (Bonn), Corporate Social Responsibility and Economic Responsiveness: Coping with the Self-Referential Nature of Profits

Michael Hutter (Berlin), Von der Verantwortung zur Erwidern. Über einige Fälle der Interferenz zwischen Kunstspielen und Wirtschaftsorganisationen

Abschlussdiskussion

Marc Mölders (Bielefeld), Responsivität und Steuerung. Zur Aufdringlichkeit externer

Problemlagen

gemeinsame Abschlussdiskussion

Christian Heuser

Christian Heuser, Soziologe M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsstelle für Gesundheitskommunikation und Versorgungsforschung des Universitätsklinikums Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die medizinsoziologische Versorgungsforschung, gesundheitliche Ungleichheit, soziale und berufliche Reintegration onkologischer Patienten/innen, Entscheidungsfindung in (Gesundheits-)Organisationen, Differenzierungstheorien sowie die Verbindung von quantitativer und qualitativer Sozialforschung.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Christina Müller.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozio.polis.de/responsivitaet-in-wissenschaft-politik-und-wirtschaft.html>